

## RESUMÉ 119

Die nächste große Erweiterung der Europäischen Union rückt näher. Diesmal handelt es sich um eine Erweiterung, die sich von allen vorangegangenen dadurch unterscheidet, dass Staaten mit unterschiedlicher Wirtschaftsleistung, Lebensstandard und mit verschiedenem Niveau politischer Kultur beitreten. Und folglich mit grundsätzlich verschiedenen Erwartungen und Forderungen als die heutigen Mitgliedsstaaten sie haben. Es ist deshalb nicht abzusehen, welchen Einfluß dieser *Big Bang* auf die weitere Entwicklung der Union haben wird. Der erste wichtige Schritt ist mißlungen – die Europäische Verfassung wurde beim ersten Versuch nicht verabschiedet – vor allem wegen Polen, des größten Kandidatenlandes und seiner Vorstellung von der eigenen Bedeutung. Der zweite Versuch sollte noch während dieses Jahres stattfinden, der Erfolg ist aber sehr fraglich. Man wird Robert Schuman recht geben müssen, einem der Gründungsväter der Europäischen Gemeinschaft, der einst gesagt hatte, dass ein politisch geeintes Europa erst dann wird geschaffen werden können, wenn alle Nationen damit einverstanden sein werden, und dass Einstimmigkeit zwischen Nationen ein genauso seltenes Phänomen ist wie zwischen Menschen. Die Europäische Politik war nie eine einfache Mehrheitspolitik, und darum fordern heute Deutschland und Frankreich zu recht die Anwendung des Prinzips der doppelten Mehrheit bei wichtigen Entscheidungen. Ein weiterer Kampf wird sich um den künftigen Haushalt der Union abspielen, der erhöht hätte werden sollen, aber diejenigen, die das meiste beisteuern, nicht mehr einzahlen wollen. Wiederum handelt es sich um Deutschland und Frankreich. Diese Haltung ist nicht unverständlich. Mit der bevorstehenden Erweiterung schließt sich nämlich eine Epoche in der Geschichte Europas, die Nachkriegszeit, und Europa kehrt in vielerlei Hinsicht zurück zum Stand vor den großen kriegerischen Konflikten. Sieger- und Verliererstaaten, einst okkupierte und später befreite Staaten, Schuldige und Opfer des 20. Jahrhunderts werden nun wieder wie gleichwertige Partner dastehen, allerdings unter dem Dach einer gemeinsamen Verfassung und im Rahmen einer Gemeinschaft mit einer rechtlichen Subjektivität. Gestehen wir uns doch ein, dass in Vergangenheit viele Zahlungen ähnlich Reparationen waren

und manche Solidarität eher Ausdruck von Buße war. Das alles wird nun der Vergangenheit angehören. Polen beansprucht zwar mit recht seinen Platz zwischen den großen Europas, vergisst aber gleichzeitig so ein bisschen, dass es keinen Titel hat, unter dem es größere Zahlungen zu seinem Gunsten einfordern könnte. Es sollte deshalb seine neue eingeforderte Rolle mit allem was dazugehört akzeptieren, was allerdings für alle Kandidatenländer zutrifft. Deutschland und Frankreich waren über Jahrzehnte der Motor der europäischen Integration und werden es wohl auch bleiben, falls ihnen diese Rolle zuerkannt wird. Sie sollten deshalb Bestrebungen um Hegemonie nicht mit Bemühungen um legitime Führerschaft verwechseln. Die neue Epoche Europas im 21. Jahrhundert kann auch zu weiteren grundlegenden Veränderungen in der europäischen Politik führen, es geht aber darum, dass alle auf Grund gleicher Regeln und Normen handeln, und vor allem im Geiste gleicher Werte. Die Größe von Nationen ist übrigens keine Sache der Geographie oder irgendwelcher natürlicher Bestimmung, sie ist Sache des Willens ihrer Angehörigen.

– *Die Redaktion* –